

**52.Treffen** 07.02.2017

Protokoll

Beginn: 19:00

Anwesend: Willy, Andreas, Ralph, Herbert, Ulrike, Joseph, Helmut und Dominik

Entschuldigt: Klaus, Robert, Dorit

Moderation: Ralph

Protokoll: Dominik

### **01**

Andreas Vorschlag in diesem Frühjahr, Hendrik Auhagen (Er steht für die Parallelökonomie-Idee) zu uns in ein GWÖ Treffen einzuladen, wurde zugestimmt.

Inzwischen hat er für den 2. Mai, 19.30 beim GWÖ-Treffen zugesagt

### **02**

Willys Stellungnahme zum IHK Artikel bezüglich der Kritik, die Gemeinwohlökonomie führe zu Überregulierung und Bürokratisierung.

-

Wer kontrolliert das GWÖ Verhalten gegenüber den Unternehmen

-

Diskussion über Bürokratiekosten und Kontrolle über die Bürokratie.

Willys Impuls-Unterlagen zum Thema Mehr Bürokratie durch GWÖ:

Siehe am Ende des Protokolls

### **03**

Helmut erklärte den Begriff Konvente in der GWÖ

### **04**

Andreas berichtet über die neue Partei fürs Gemeinwohl INI 146.

Programmpunkte sind: eine neue, basisdemokratische Verfassung, Bedingungsloses Grundeinkommen, Wahl zwischen Digitalem und Analogem Leben, Neuordnung des Sozialsystems, Abschaffung des Berufsbeamtentums, ...

### **05**

Treffen mit O. B. Burchardt

Helmut, Ralph, Joseph, Dorit und Dominik treffen am 09.02. Ulrike Amman in Dornbirn, um sich beraten zu lassen. Sie begleitet gerade zwei Gemeinden im Vorarlberg auf die GWÖ Bilanzierung vor.  
Am nächsten GWÖ Treffen im März kommt das Thema nochmals in die Runde.

## 06

01:

Hier der Link zu den Konstanzer Bürgerbefragungen zu Lebenszufriedenheit:  
<http://stadt.konstanz.de/rathaus/00749/01594/01602/index.html>

Da sind alle Befragungen der letzten Jahre drin. Unter dem Link  
<https://app.box.com/s/dj3sx4ytdaxuyjbvzcy5iddi8d7imwrg>  
findet Ihr eine PDF-Datei mit den Ergebnissen der aktuellen Befragung. S. 79f und S. 108 im PDF sind zum Thema Lebenszufriedenheit.  
Auch die anderen Themenfelder sind in Bezug auf W3 sicherlich von der ein oder anderen Relevanz.

aktuell:

### **Die neuen Bauernregeln – Landwirtschaft natürlich**

Das Bundesumweltministerium (BMUB) startet die Kampagne "Gut zur Umwelt. Gesund für alle."  
Im Stile alter Bauernregeln wirbt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks dabei für eine naturverträgliche Landwirtschaft und eine Reform der europäischen Agrarförderung.  
> Link zu: <http://www.neue-bauernregeln.de/>

02:

Wohlstandmessung Enquete Kommission PDF ist anbei

03:

Link zu BGE Initiative BW:  
<http://www.buendnis-grundeinkommen.de/>  
PDF dazu anbei.

-----

## 07

Dominik kündigt die Gemeinwohrrunde über das Konzilsbüro und das Kulturbüro in Konstanz an. Sie findet jeden 2. Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr im Atelier von Dominik an der Wiesenstraße 10a statt.

## 08

Ulrike schickt Termin für die Teilnahme zur Vereinsbildung GWÖ BW

## 09

Bündnis Grundeinkommen hat einen Landesverband gegründet. Er soll das BGE in den Bundestag bringen. Unter [buendnis-grundeinkommen.de](http://www.buendnis-grundeinkommen.de) wird um Unterschriften gebeten. Siehe PDF

Nächstes Treffen ist am 07. März  
Buch S. 177 Häufig gestellte Fragen

Ist die Gemeinwohl-Pflicht nicht Überregulierung und Zwang?

Direkt aus Buch lesen

Buch S. 179 Häufig gestellte Fragen

Wer kontrolliert das Gemeinwohl-Verhalten der Unternehmen?

Direkt aus Buch lesen

Der Normenkontrollrat weist auf das große Kostensenkungs-Potential in der öffentlichen Verwaltung hin, wenn dort mehr auf **digitale Verarbeitung statt auf Papier** gesetzt werde. Allein die EU-Vorgabe für eine elektronische Ausschreibung großer öffentlicher Aufträge habe die Kosten um 1,2 Milliarden Euro reduziert. Doch bleibe es für die restlichen 80 Prozent der Ausschreibungen bei der alten Praxis. Es fehlten wirksame Verwaltungsstrukturen, damit Bürgern und Wirtschaft einheitliche digitale Lösungen nutzen könnten, beklagte Ludewig.

Bürokratie – die auf Gesetzen und Verordnungen basierende geregelte staatliche Verwaltung – ist für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft unerlässlich. Sie schützt vor privater und staatlicher Willkür. Übermäßige Bürokratie jedoch verärgert die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Verwaltung und kostet unnötig Geld. Um das notwendige Maß bürokratischer Belastung bestimmen zu können und den Abbau übermäßiger Bürokratie sinnvoll und nachvollziehbar zu gestalten, ist es wichtig, die Ursachen und die Verteilung der Belastung zu kennen. Mit Hilfe von **Bürokratiekostenmessungen** werden bestehende Regelungen analysiert und aus deren Ergebnissen Vorschläge zur Reduktion von Bürokratiebelastung entwickelt.

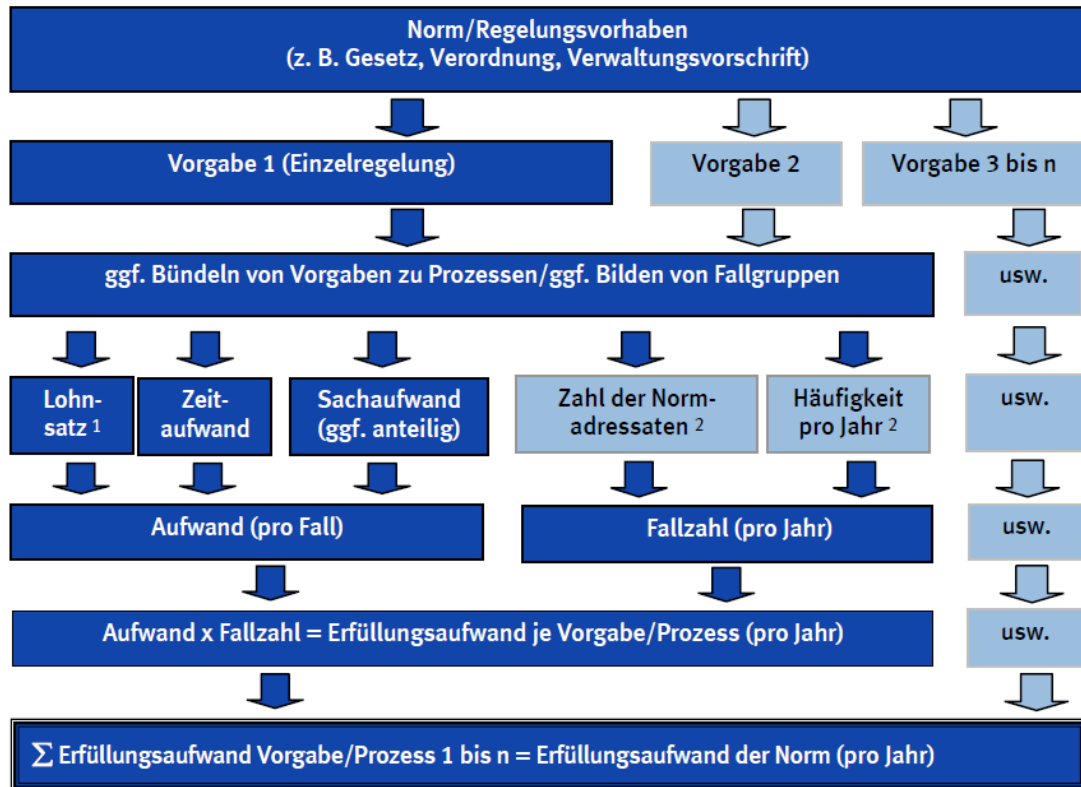
Das relevante Maß für Bürokratie und Grundlage der Messungen ist der Erfüllungsaufwand, die verwendete Methodik ist das Standardkosten-Modell.

Ergebnisse

Als **Ergebnis** der Bürokratiekostenmessung veröffentlicht das Statistische Bundesamt die Entwicklung des Erfüllungsaufwandes, den Bürokratiekostenindex und das Belastungsbarometer.

Während die Entwicklung des Erfüllungsaufwandes und das Belastungsbarometer jährlich aktualisiert werden, erfolgt die Veröffentlichung des Bürokratiekostenindex quartalsweise.

## Ermittlungsschema



1 Lohnsatz entfällt bei Bürgerinnen und Bürgern

2 soweit zur Ermittlung der Fallzahl erforderlich

## Tabelle

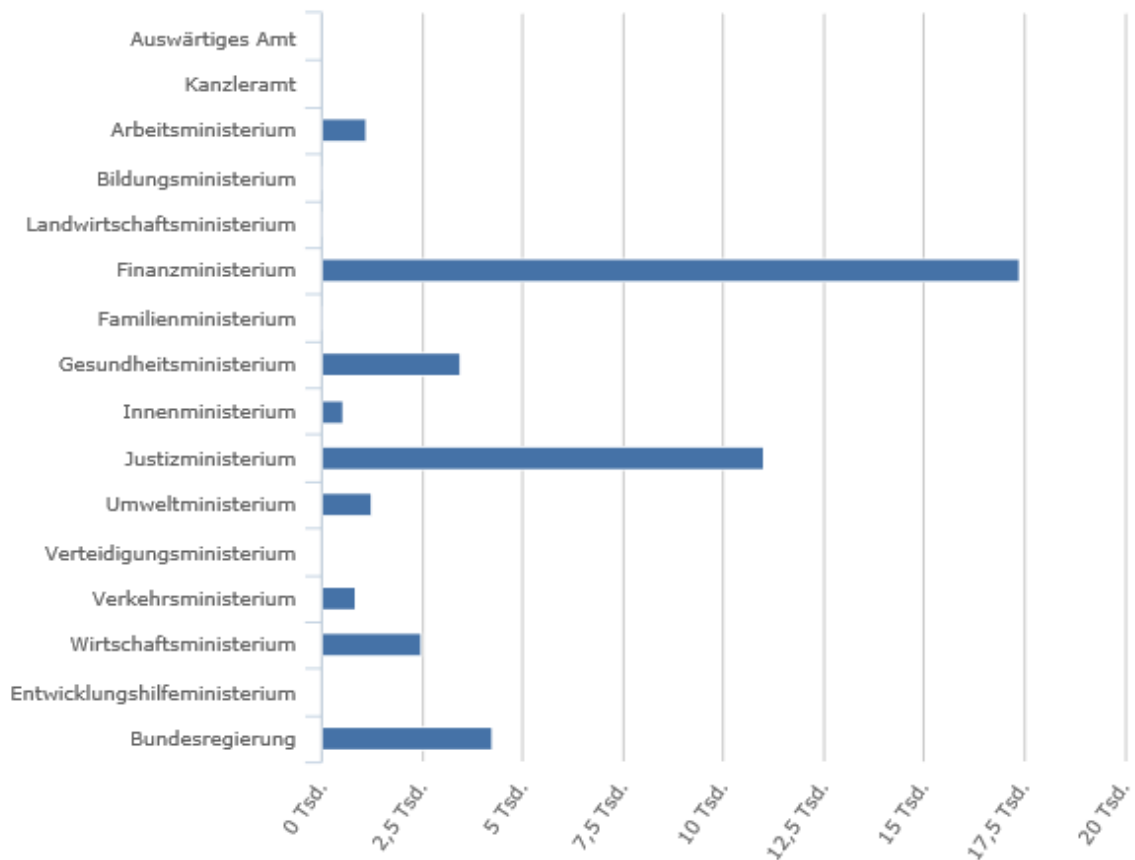
### Erfüllungsaufwand

#### Entwicklung des jährlichen Erfüllungsaufwandes

Normadressat	Aufbau	Abbau	Veränderung
	in Mio. Euro		
2015			
Wirtschaft	838,2	2 193,9	-1 355,6
Verwaltung	279,3	255,7	+23,6
2014			
Wirtschaft	10 482,2	203,3	+10 278,9
Verwaltung	476,2	674,8	-198,6
2013			
Wirtschaft	1 706,8	111,5	+1 593,3
Verwaltung	248,4	3,1	+245,3
2012			
Wirtschaft	999,2	1 101,6	-102,4
Verwaltung	270,7	64,0	+206,7

## Bürokratiekosten für die Wirtschaft

nach Bundesressorts in Millionen Euro



Quelle: Bundesamt für Statistik

Tatsächlich liegt das Arbeitsministerium, was Bürokratiekosten für die Wirtschaft angeht, nach [Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Vergleich mit den anderen Ressorts eher im Mittelfeld](#): 441 Informationspflichten und Kosten von knapp 1,1 Milliarden Euro werden dem Ressort zugerechnet.

### Wer aber sind die größten Bürokratiesünder innerhalb der Regierung?

- Auf dem ersten Platz - und zwar mit großem Abstand - findet sich das **Finanzministerium**: 3667 Informationspflichten kommen auf das Haus von Minister Wolfgang Schäuble (CDU), was einer Belastung für die Wirtschaft von knapp 17,4 Milliarden Euro entspricht. Das liegt vor allem daran, dass hier alle Arten von steuerlichen Erklärungen verantwortet werden.

In einem neuen Wirtschaftssystem wäre sicherlich die Möglichkeit gegeben, viele Steuerschlupflöcher und Bilanzierungsspielräume ersatzlos zu streichen und damit den Bürokratieaufwand massiv zu schmälern!